

VERFASSUNGSSCHUTZ REFORMIEREN

SPD WILL MEHR KONTROLLE UND TRANSPARENZ

Die SPD fordert die schwarz-grüne Landesregierung auf, endlich ein modernes und verfassungsgemäßes Verfassungsschutzgesetz vorzulegen. Die Expertenkommission habe gefordert, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umzusetzen. „Wir können nicht nachvollziehen, dass die Landesregierung den Arbeitsauftrag der Expertenkommission einfach ignoriert. Ein Handeln der Landesregierung ist überfällig“, sagte die innenpolitische Sprecherin **Nancy Faeser**. „Wir brauchen ein Gesetz, das die parlamentarische Kontrolle



stärkt und transparenter macht.“ Das verlorene Vertrauen in den Verfassungsschutz könne nur durch ein Mehr an Offenheit gewonnen werden. Insbesondere sei die parlamentarische Kontrollkommission mit effektiven Kontrollinstrumenten auszustatten. Erforderlich sei auch, endlich die Führung von V-Leuten verfassungskonform zu regeln. „V-Leute dürfen keinen steuernden Einfluss auf die zu beobachtende Organisation haben. Auch muss sichergestellt werden, dass die staatlichen Geldleistungen nicht die alleinige Einnahmequelle zum Lebensunterhalt sein dürfen.“

KRITIK AN SONDEROPFER

Hessische Beamtinnen und Beamte werden von Schwarz-Grün finanziell deutlich schlechter gestellt als die in anderen Ländern. Und obwohl die Tarifbeschäftigten des Landes in zwei Jahren 4,4 Prozent mehr Gehalt bekommen, sollen die Beamten mit einem Prozent abgespeist werden. „Dieses neue Sonderopfer für Beamte wird von der SPD abgelehnt“, sagte der Parlamentarischen Geschäftsführer **Günter Rudolph**. Schwarz-Grün koppelte die Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung ab und werde damit erneut wortbrüchig. Die Beamtenschaft sei bereits durch Kürzungen bei der Beihilfe, die bundesweit längste Wochenarbeitszeit von 42 Stunden und die Null-Runde in 2015 benachteiligt worden.



FOTOS: MARTINA HÄUSL-DAVID

VORFREUDE AUF DEN HESSENTAG IN HERBORN BEI STEPHAN GRÜGER UND THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL. DAS HESSENTAGSPAAR JANINA TILL UND CETIN CELIK BESUCHTE MIT BÜRGERMEISTER HANS BENNER DEN HESSISCHEN LANDTAG.



SPD-FRAKTION AUF DEM HESSENTAG

Die SPD-Fraktion freut sich auf viele Gäste beim Hessentag in Herborn vom 20.-29. Mai. Sie finden unseren Infostand in der Landesausstellung Halle 1. Eine öffentliche Fraktionssitzung findet am Dienstag, 24. Mai, um 11.00 Uhr, im Gutshof, Austraße 81, statt.



DIE SPD-FRAKTION FORDERT, AUF DAS UMSTRITTENE PFLANZENSCHUTZMITTEL GLYPHOSAT ZU VERZICHTEN.

FOTO: MANKALE - FOTOLIA

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

GLYPHOSAT VERBIETEN - GESUNDHEIT GEHT VOR

Gegen die erneute Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat durch die EU hat sich die SPD-Ab-



geordnete **Angelika Löber** ausgesprochen. „Die Artenvielfalt von Pflanzen, Insekten und Vögeln wird durch Pflanzenschutzmittel eingeschränkt, zudem werden Pflanzen resistent gegen die eingesetzten Mittel. Glyphosat ist ein Gift, in Kombination mit anderen Chemikalien noch giftiger. Meist sind Pflanzenschutzmittel ‚Cocktails‘, die in der Kombination noch gar nicht untersucht wurden. Wir brauchen endlich unabhängige, wissenschaftliche Untersuchungen der kompletten Pflanzenschutzmittel, die Glyphosat enthalten.“ An erster Stelle müsse der Verbraucherschutz stehen.

„Die Artenvielfalt von Pflanzen, Insekten und Vögeln wird durch Pflanzenschutzmittel eingeschränkt, zudem werden Pflanzen resistent gegen die eingesetzten Mittel. Glyphosat ist ein Gift, in Kombination mit anderen Chemikalien noch giftiger. Meist sind Pflanzenschutzmittel ‚Cocktails‘, die in der Kombination noch gar nicht untersucht wurden. Wir brauchen endlich unabhängige, wissenschaftliche Untersuchungen der kompletten Pflanzenschutzmittel, die Glyphosat enthalten.“ An erster Stelle müsse der Verbraucherschutz stehen.

DUNKLES KAPITEL § 175

Eine vollständige Rehabilitierung der nach dem früheren Strafrechts-Paragrafen 175 verurteilten Menschen hat **Heike Hofmann** gefordert. „Nach wie vor fehlt eine Aufarbeitung der Unterdrückung von Homosexuellen, die

strafrechtlich verfolgt wurden. Es gehört zu den dunkelsten Kapiteln Deutschlands, dass sexuelle Handlungen unter Männern bis 1969 unter Strafe standen. So kam es von 1945 bis 1969 in der Bundesrepublik Deutschland zu 50.000 Verurteilungen und circa 100.000 Ermittlungsverfahren gegen Homosexuelle. Es ist höchste Zeit für die vollständige Rehabilitierung der Opfer.“



BEZAHLBARER KLIMASCHUTZ

„Heiße Luft“ sieht der umweltpolitische Sprecher **Timon Gremmels** beim Klimaschutzkonzept der Landesregierung, solange keine konkreten Maßnahmen beschlossen werden. „Die



Ideensammlung von Umweltministerin Priska Hinz, besteht größtenteils aus Grußadressen an die verschiedensten Interessenverbände vom Bauernverband bis zu Naturschutzverbänden. Für die SPD wird entscheidend

sein, dass Klimaschutzmaßnahmen für alle bezahlbar und einfach umsetzbar bleiben.“

sein, dass Klimaschutzmaßnahmen für alle bezahlbar und einfach umsetzbar bleiben.“

HILFE FÜR FLÜCHTLINGE

Eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik, die Hessen in Europa nicht isoliert und eine gemeinsame Lösung mit dem Bund und den Bundesländern vorsieht, hat **Ernst-Ewald Roth** gefordert.

„Die SPD spricht sich dafür aus, die in Idomeni festsetzenden Flüchtlinge mit Zügen direkt nach Deutschland zu bringen. Wir halten es insbesondere im Hinblick auf die Kinder und Frauen in Idomeni für erforderlich, dass sehr rasch eine Lösung gefunden wird, um diesen Menschen zu helfen.“



„Die SPD spricht sich dafür aus, die in Idomeni festsetzenden Flüchtlinge mit Zügen direkt nach Deutschland zu bringen. Wir halten es insbesondere im Hinblick auf die Kinder und Frauen in Idomeni für erforderlich, dass sehr rasch eine Lösung gefunden wird, um diesen Menschen zu helfen.“

KARDINAL GEWÜRDIGT

Aus Anlass seines 80-jährigen Geburtstags und dem damit verbundenen Ausscheiden aus dem Bischofsamt hat der Hessische Landtag die Verdienste des bisherigen Mainzer Erzbischofs Kardinal Lehmann gewürdigt.

SCHWARZ-GRÜNE KOMMUNALFEINDLICHKEIT

DIE ZECHEN ZAHLEN DIE BÜRGER

Die Schattenseiten des so genannten kommunalen Schutzschirms hat Finanzminister Dr. Thomas Schäfer in seiner Regierungserklärung nicht erhellert. Das übernahm **Norbert Schmitt** in seiner Erwiderung: „Die Kommunen wurden durch die Landesregierung gezwungen, den Bürgerinnen und Bürger erheblich in die Tasche zu greifen und gleichzeitig Leistungen zu reduzieren.“



Allein die Kommunalsteuern und die Gebühren seien seit dem Jahr 2012 im Vergleich zum Jahr 2015 um rund 750 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig die Investition nochmals um fast 200 Milli-

onen Euro gekürzt worden. Nach den Zahlen des Statistischen Landesamts gab es im vergangenen Jahr die geringsten Investitionen seit zwanzig Jahren.

Hessen zähle weiterhin zu den vier Ländern mit Kommunaldefiziten, während zum Beispiel die Kommunen in Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg Überschüsse erzielen konnten. „Die Kassenkredite sind in Hessen sogar wieder gestiegen. Hessen liegt mit einem Pro-Kopf-Wert von rund 1070 Euro bei den Kassenkrediten im Vergleich der Bundesländer auf dem viertletzten Platz“, kritisierte Schmitt. „Notwendig ist endlich eine Landespolitik, die die Interessen der Kommunen anerkennt und sie angemessen finanziert.“

BAU DER S-BAHN VORANTREIBEN

In der Debatte zum Bau des Terminals 3 am Frankfurter Flughafen hat **Marius Weiß** auf den Dissens der Landesregierung beim Frankfurter Flughafen hingewiesen. Weiß erinnerte an den Wortbruch von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, der vor der Wahl versprochen habe, dass es mit den Grünen keinen Bau des Terminal 3 geben werde. Weiß forderte ein S-Bahn-Anbindung an das neue Terminal, die von Seiten des Ministers Al-Wazir nicht ausreichend forciert werde. Offensichtlich setze der Minister auf Verweigerungstaktik.



ERINNERUNG AN NS-OPFER

In der Debatte zur Erhaltung von Gräbern der Verfolgten des Naziregimes sagte der SPD-Landtagsabgeordnete **Corrado Di Benedetto**: „Es ist mehr als notwendig, immer wieder an die Opfer und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu erinnern und dabei auch die Pflege und Erhaltung der Grabstätten der Opfer nicht vergessen. Das Land hat eine politische und moralische Verantwortung, der es gerecht werden muss. Es ist erschütternd, dass unzählige Grabstätten der Verfolgten des NS-Regimes Tag für Tag verschwinden und entsorgt werden.“



FOTO: B. WYLEZICH - FOTOLIA

VIELE STÄDTE LEBEN VON DER SUBSTANZ, DIE INFRASTRUKTUR LEIDET. INVESTITIONEN SIND AUF DEM NIEDRIGSTEN STAND SEIT 20 JAHREN.

ALLEINERZIEHENDE BESSER UNTERSTÜTZEN

„Wir brauchen in Hessen endlich umfassende Maßnahmen, um die Situation von Alleinerziehenden zu verbessern“, forderte die SPD-Abgeordnete **Handan Özgüven**. Eine große Anfrage der SPD-Fraktion habe ergeben, dass rund acht Prozent der Betroffenen Arbeitslosengeld I und rund 21 Prozent Arbeitslosengeld-II-Leistungen bezögen. „Anhand dieser Zahlen zeigt sich eines der wesentlichen Probleme, denen viele Alleinerziehende ausgesetzt sind, nämlich das Problem der Armut.“ Die Landesregierung schiebe die Verantwortung für die Kinderbetreuung auf die Kommunen ab. Das zweijährige Förderprogramm „Netzwerk wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“, sei nicht einmal ausgewertet worden.



LADENHÜTER STATT AKTIVE SOZIALPOLITIK

Als „Sammelsurium von Gemeinplätzen, Ladenhütern, Selbstverständlichkeiten und Renommierprojekten“ hat der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Gerhard Merz** den von Schwarz-Grün vorgelegten Antrag zur Sozialpolitik in Hessen bezeichnet. „Wehrauchschwenkerei ersetzt keine aktive und konsistente, als gestaltende Gesellschaftspolitik verstandene Sozialpolitik“, sagte Merz. Es genüge nicht, ständig mit falschen Zahlen den angeblichen Erfolg des Sozialbudgets zu feiern, wenn in der Realität nicht einmal alle Kürzungen im Zuge der „Operation Düstere Zukunft“ 2003 rückgängig gemacht würden. „Wesentliche Bereiche der Sozialpolitik wie Pflege, Gesundheitsversorgung und weite Bereiche der Integrations- und Inklusionspolitik, der Politik für psychisch Kranke fehlen vollständig. Fazit: Viel zu kurz gesprungen“, so der SPD-Politiker.



FOTO: ANNA-MARI WEST - FOTOLIA

ARBEITSLEHRE IM ABSEITS

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur Stärkung der Berufsorientierung und Arbeitslehre zeigt aus Sicht der SPD-Fraktion, dass sich die Landesregierung immer weiter von der Unterrichtswirklichkeit entfernt und auf dem besten Wege ist, den Arbeitslehreunterricht zu Grabe zu tragen. „Den vielen Problemen bei der Berufsvorbereitung will oder kann Schwarz-Grün sich nicht stellen“, kritisierte der SPD-Abgeordnete **Christoph Degen**. Bei der Berufs- und Studienorientierung komme den Schulen eine enorme Bedeutung zu. Dies müsse



sich im Unterricht und in den Studentafeln niederschlagen. „Die Landesregierung scheut sich aber, das Fach Arbeitslehre als Ankerfach der Berufsorientierung auch im gymnasialen Bildungsgang zu verankern und lässt es in anderen Bildungsgängen überwiegend fachfremd erteilen.“ Zum Stichtag 1. November 2014 wurden 11.772 Stunden der insgesamt 16.503 Stunden im Arbeitslehreunterricht nicht von Fachlehrern unterrichtet. Degen sagte weiter: „Diese Entprofessionalisierung der Arbeitslehre durch Delegation der Aufgabe an alle Lehrkräfte, ohne sie dafür zu qualifizieren, ist eine Bankrotterklärung für die Berufsorientierung.“

BESSERE BEDINGUNGEN AN GRUNDSCHULEN

Die gesellschaftlichen Erwartungen, die zusätzlichen Aufgaben und Belastungen haben, so die SPD-Abgeordnete **Karin Hartmann**, an keiner Schulform in den zurückliegenden Jahren so zugenommen, wie an Grundschulen. Und es sei absehbar, dass mit der Umsetzung von Inklusion und Integration und Ganztagsangeboten noch weitere große Herausforderungen warteten. „An keiner anderen Schulform ist die gesellschaftliche Wertschätzung



aber geringer“, sagte Hartmann mit Verweis auf die Besoldung. „Grundschulen beweisen tagtäglich, dass auch ohne Selektion eine hervorragende Bildungsarbeit geleistet werden kann.“ Bislang gebe es keine Initiative des Kultusministers zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Hessischen Grundschulen – im Gegenteil: die Arbeitsbelastung nehme immer weiter zu. „Es ist an der Zeit endlich mit der tradierten Vorstellung aufzuräumen, dass die Besoldung umso kleiner sein darf, je jünger die Kinder sind“, forderte die Abgeordnete.

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga
 Martina Häusl-David